

Protokoll (noch nicht genehmigte Fassung)

**zur 2. Generalratssitzung vom Montag, 29. Juni 2026,
19:30 bis 21:10 Uhr im Begegnungszentrum, Düdingersaal 1. Stock**

Anwesende
Generalräte /
Generalrätinnen:

Fraktion: Die Mitte Düdingen

Aebischer Manuel, Baeriswyl Laurent, Bapst Nicolas, Bertschy Andrea, Brülhart Urs, Catillaz Adrian, Dietrich Basil, Dietrich Céline, Hayoz Ivo, Kolly Doris, Merkle Anton, Poffet Pascal, Rumo Thomas, Schwaller Angelo, Stübi Paul, Sturny Benedikt, Werro Kuno

Fraktion: FWD/glp/Mitte Links/Grüne

Boschung Daniel, Fasel Benedikt, Fasel Carole, Fasel Jano, Hendry Lukas, Marbach Anouk, Schneuwly Nathalie

Fraktion: SP

Aebischer Eliane, Dällenbach Katharina, Fasel Fabienne, Götschmann Campo Doris, Haas Markus, Haymoz Anton, Schneider Ivo, Schneuwly Patrick, Tissi Sandro

Fraktion: FDP. Die Liberalen

Clerc Nicole, Linder Nicolas, Riedo Iris, Schaller Patrik, Schwaller Jeannine, Stadler Herbert, Zumwald Martin

Total: 48

Fraktion: SVP

Blaser Andreas, Brügger Adrian, Jungo Pascal, Mäder Niklaus, Mosimann Jürg, Siegenthaler Stefan, Werro Tim, Zbinden Marco

Gemeinderäte /
Gemeinderätinnen

Aeschlimann Susanne Eva SP, Bächler Patrick Die Mitte, Hauswirth Urs SP, Kehl Roland Grüne, Noth-Lenherr Sara Die Mitte, Porchet Dylan FDP, Rätzo Renata SVP

Gemeindeschreiber

Tanner Erwin

Abteilungsleiter/in

Tanner Erwin

Sitzungsleitung

Herbert Stadler, Generalratspräsident

Stimmzähler

Aebischer Eliane
Merkle Anton
Clerc Nicole

Vizepräsident/-in:

Aebischer Manuel

Protokollführung:

Beyeler Nicole, Sekretärin des Generalrates

Presse:

Balmer Belinda (Freiburger Nachrichten)
Zukrinden Corina (RadioFr.)

Entschuldigt:

Lehmann Lara (FDP)
Portmann Wolfgang (FWD/glp/Mitte Links/Grüne)

Stimmberechtigte
Bürger
am 29.06.2026

7166



Mitteilungen

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Er begrüsst alle zur heutigen 2. Generalratssitzung. Nun geht es politisch an die Arbeit, beim letzten Mal haben wir uns konstituiert. Heute versuchen wir die richtigen Entscheide zu fällen, zum Wohle der Gemeinde Düringen.

Hiermit ist die Sitzung offiziell eröffnet.

Organisatorisches

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung auf der Grundlage des Gesetzes über die Gemeinden vom 25. September 1980 abgewickelt wird. Die Einladung für die Versammlung ist allen Mitgliedern des Generalrates fristgerecht zugestellt worden und ist auf der Homepage der Gemeinde publiziert. Es wurde auch eine Info via App iSense publiziert. Zur Sitzung ist somit ordnungsgemäss eingeladen worden.

Er gibt folgende weitere Informationen zur Organisation der Generalratssitzung bekannt:

- Die Sitzung des Generalrates ist öffentlich (Art. 9 GG);
- die Zuschauerinnen und Zuschauer können auf den vorgesehenen Plätzen im hinteren Bereich des Saals die Sitzung mitverfolgen;
- die Ausstandspflicht (Art. 21 + 65 GG) fällt in die Eigenverantwortung der anwesenden Generalrätinnen und Generalräte;
- damit wir die Übersicht behalten, bittet sie, Wortbegehren mit Handerheben anzuzeigen und das Mikrofon zu benutzen. Der ideale Abstand zum Mikrofon ist eine Handbreite. Er bittet die Sprechenden langsam und deutlich zu sprechen und die Redezeit von 5 Minuten einzuhalten. Und er bittet die Zuhörenden, sich zu melden, wenn der oder die Sprechende nicht verstanden wird;
- die Stimmkarten (Grün = JA / Rot = Nein / Enthaltungen mit erhobener Hand) bitte in Richtung der Stimmzähler aufhalten und lange genug oben bleiben, damit genügend Zeit zum Zählen bleibt;
- die Verhandlungen werden elektronisch aufgenommen (Art. 3 ARzGG). Nach Genehmigung des Protokolls wird die Aufzeichnung gelöscht;
- gemäss Art. 45 GG wird offen abgestimmt, wenn nicht ein Fünftel der anwesenden Mitglieder des Generalrates eine geheime Abstimmung verlangt;
- wenn ein anwesendes Mitglied des Generalrats ein Abstimmungsverfahren als rechtswidrig betrachtet oder wenn jemand das Gefühl hat, dass bei der Stimmenauszählung ein Fehler gemacht wurde, so ist die Beschwerde sofort bei Feststellung, hier an der Sitzung zu erheben. Spätere Beschwerden müssten zurückgewiesen werden;
- Anträge sind schriftlich abzugeben und müssen an der Sitzung von den Antragstellern nochmals verlesen werden.

Bemerkungen zur Einberufung : ---

Traktanden

- | | |
|----------|---|
| 1 | 0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
Generalratssitzungen 2021-2026
Begrüssung und Sitzungseröffnung |
| 2 | 0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
Generalratssitzungen 2026-2031
Genehmigung Protokolle vom 20.04.2026 und 18.05.2026 |
| 3 | 1.50.6 Feuerwehr Mehrzweckgebäude Chännelmattstrasse
Mehrzweckgebäude Chännelmatte
Umbau und Erweiterung Feuerwehrausrückstandort Düdingen; Beschluss zum Vorprojekt sowie Beschluss zum Projektierungskredit für SIA-Phasen 33+41 und Objektkredit für vorgezogene Bauleistungen |
| 4 | 3.41.8.010 Regio Badi Sense Gemeindeverband
Gemeindeverband "Regio Badi Sense"
Sanierung und Erweiterung Regio Badi Sense Variante 7a; Beschluss zum Investitionskredit der Regio Badi Sense und Budgetkredit der Gemeinde Düdingen |
| 5 | 0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
Parlamentarische Vorstösse Generalrat
Motionen, Postulate, Anträge |
| 6 | 0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
Generalrat
Verschiedenes |

Zeichenerklärung	GR = Gemeinderat GA = Gemeindeammann VA = Vize-Gemeindepräsidentin GnR = Generalrat	GmV = Gemeindeversammlung Fiko = Finanzkommission GG = Gemeindegesetz BZ = Begegnungszentrum
-------------------------	---	---

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

1 Generalratssitzungen 2021-2026
Begrüssung und Sitzungseröffnung**1.1. Präsenzliste**

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Es freut ihn, dass der Gemeinderat vollzählig anwesend ist. Beim letzten Mal gab es gesundheitlich angeschlagene Gemeinderäte. Er hofft, dass es allen wieder gut geht. Dies ist ganz wichtig. Anfangs einer Legislatur muss man mehr arbeiten als am Ende einer Legislatur. Es ist gut, dass das Gemeinderatsteam wieder vollzählig ist. Er dankt allen für den Einsatz für die Gemeinde.

Entschuldigt vom Generalrat haben sich:

- Lara Lehmann
- Wolfgang Portmann

Jürg Mosimann versucht später einzutreffen. Er hat ein Problem mit der Bewässerung. Bei der aktuellen Wetterlage ist dies ein sehr valabler Verspätungsgrund.

Stimmenzähler sind:

- 1. Stimmenzähler: Eliane Aebischer
- 2. Stimmenzähler: Clerc Nicole
- 3. Stimmenzählerin: Merkle Anton

Er bittet die Stimmenzähler die Anzahl Generalräte und Generalrätinnen mitzuteilen.

Somit sind total 47 Generalrätinnen und Generalräte anwesend. Dies ergibt ein absolutes Mehr von 24 Stimmen.

1.2. Traktandenliste

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Die Traktandenliste wird durchgegangen.

Bemerkungen zur Traktandenliste: ---

1.3. Mitteilungen aus dem Büro des Generalrates

Mitteilungen aus dem Gemeinderat

GA Urs Hauswirth: Er gratuliert den anwesenden Ratsmitgliedern herzlich zur Wahl in dieses wichtige Generalratsgremium. Er wünscht allen in den kommenden Monaten gutes Gelingen und Mitbestimmen.

Er nimmt sich am Anfang etwas Zeit, um über aktuelles aus dem Gemeinderat zu berichten. Die bisherigen Mitglieder kennen es bereits. Für die Neuen als Information: alles, was bereits publiziert wurde, sei es übers Mitteilungsblatt, iSense oder Beschlüsse aus dem Gemeinderat, erwähnt er hier nicht nochmals. Er berichtet, was aus dem Gemeinderat sonst noch Informatives gibt.

Seit der konstituierenden Sitzung ist im Gemeinderat einiges passiert. Gegen aussen war dies nicht in allen Bereichen ersichtlich. Es fanden bereits mehrere Klausuren statt – nicht ganztägige, sondern halbtägige. Begonnen wurde mit einer Einführung in die Finanzen sowie in den Investitionsplan, das Budget und die Kennzahlen. An diesen Themen wird bereits weitergearbeitet. Über den Sommer hinweg wird die Arbeit daran fortgesetzt.

Zudem mussten die Kommissionen gebildet und die Vertretungen bestimmt werden. Ausserdem wurde mit der Erarbeitung der Legislaturstrategie begonnen. Er kommt später darauf zurück.

Er dankt allen, die an den Einführungskursen des Freiburgischen Gemeindeverbands teilnehmen konnten. Es wurden Kurse für die Generalrätinnen und Generalräte sowie für die Mitglieder des Gemeinderats aus dem ganzen Kanton angeboten. Die Kurse waren sehr gut besucht.

Die Eröffnungsfeier der Bahnunterführung sowie der Empfang der Hockeyspieler haben bereits stattgefunden.

Der Gemeinderat arbeitet derzeit an den Legislaturzielen. Die Parteien und Fraktionen wurden frühzeitig gebeten, Personen für die Kommissionen zu nominieren. Dass hierzu längere Zeit keine weiteren Informationen erfolgt sind, hat einen bestimmten Grund: im Zuge der Arbeiten an den Legislaturzielen zeigte sich, dass kleinere Verschiebungen in den Ressorts des Gemeinderats notwendig sind. Diese haben Auswirkungen auf die Zusammensetzungen der bestehenden Kommissionen.

Bei der Erarbeitung des Legislaturziele stützt sich der Gemeinderat weiterhin auf das Leitbild 2030. Zudem fliessen die Ergebnisse der beiden im Herbst durchgeführten Bevölkerungsumfragen in die Arbeiten ein. Parallel dazu wird geprüft, ob das Leitbild 2030 im kommenden Herbst oder zu einem späteren Zeitpunkt neu überarbeitet werden soll.

Nichtsdestotrotz sollten die Kommissionen voraussichtlich nächste Woche oder nach den Sommerferien bestimmt werden können. Die Parteien und Fraktionen werden anschliessend aufgefordert, die entsprechenden Personen zu melden.

Er weist darauf hin, dass gemäss Gemeindegesetz die bisherigen Kommissionen so lange im Amt bleiben, bis die neuen Kommissionen eingesetzt sind. Sollte vor deren Einsetzung ein Entscheid oder eine Beratung erforderlich sein, kann daher weiterhin mit den bisherigen Kommissionen gearbeitet werden.

Er weist auf die App iSense hin und empfiehlt deren Nutzung. Unter anderem wurde über die App der Aufruf zum sparsamen Umgang mit Trinkwasser veröffentlicht, der auch an alle Haushalte verteilt wurde. Die Situation ist nach wie vor angespannt. Was auch der Presse zu entnehmen war. Gründe dafür sind nicht nur die anhaltende Trockenheit, sondern auch die Renovation eines Reservoirs sowie eine Verunreinigung, weshalb gemeindeübergreifend nicht auf die üblichen Wasserreserven zurückgegriffen werden konnte.

Er ruft die Bevölkerung dazu auf, die Rasenbewässerung bis auf Weiteres zu unterlassen und die Bewässerung von Pflanzen auf ein Minimum zu reduzieren. Er weist zudem darauf hin, dass es im Dorf private Quellen sowie zahlreiche Liegenschaften mit Regenwassertanks gibt, und sie von deren Wasser profitieren können.

Auch die Gemeinde Düringen verfügt beim Bahnhofbuffet über einen solchen Tank. Die Gemeindefahrzeuge sind entsprechend beschriftet, da mit diesem Regenwasser unter anderem Beete bewässert werden. Allerdings gehen auch diese Vorräte langsam zu Neige. Er hofft auf die nächsten ergiebigen und kühlenden Gewitter. Dies zur Information.

Er informiert über eine neue Videoserie des Mehrzweckverbands Sensebezirks. Eines der Videos wird ohne Ton abgespielt.

Er erläutert, dass in den Videos anschaulich erklärt wird, wie die Zusammenarbeit innerhalb des Sensebezirks sowie auf Gemeindeebene funktioniert und wie die verschiedenen Ebenen Hand in Hand arbeiten. Zudem wird aufgezeigt, wie Investitionen, die nicht vom Generalrat, sondern über den Verband beschlossen werden, in der Gemeindefinanz ausgewiesen werden. Die Videos sind ein grosser Gewinn und verdeutlichen die Bedeutung der Solidarität innerhalb des Verbands.

Zum letzten Thema: Die Auflösung der Agglomeration Freiburg. Per 1. Juli 2026 wird diese durch eine neue Organisation abgelöst.

Rückblickend hat die Zusammenarbeit innerhalb der Agglomeration Freiburg in den vergangenen rund 20 Jahren zahlreiche Fortschritte ermöglicht. Insbesondere in der Raumplanung hat die koordinierte Zusammenarbeit dazu beigetragen, das Wachstum mit grösseren Projekten zu bewältigen und diese erfolgreich umzusetzen. Vor allem Düringen hat im Bereich Verkehr und Infrastruktur stark profitiert. Der Gemeinderat beabsichtigt, im Herbst eine Bilanz zu ziehen und aufzuzeigen, welchen konkreten Nutzen die Agglomeration für Düringen gebracht hat.

Zu den bedeutendsten Projekten zählen der Steg beim Toggeliloch, die Bahnunterführung beim Bahnhof sowie die Rampe beim Grandfey-Viadukt. Darüber hinaus hat die Agglomeration auch wirtschaftliche und kulturelle Instrumente bereitgestellt, die zur Attraktivität der Gemeinde beigetragen haben.

Die Auflösung der Agglomeration erfolgte am vergangenen Donnerstag. An ihre Stelle treten die Strukturen der ARS (Association Régionale de la Sarine), einem Regionalverband der Saane, der vergleichbar mit dem Mehrzweckverband Sensebezirk ist. Dieser wird die entsprechenden Aufgaben übernehmen. Die Zusammenarbeit erfolgt künftig auf vertraglicher Basis. Die entsprechenden Verträge werden voraussichtlich im Herbst dem Generalrat zur Genehmigung vorgelegt. Er weist darauf hin, dass er bereits mehrfach über dieses Geschäft informiert hat und weiterhin auf die entsprechenden Unterlagen wartet.

Er möchte nicht länger werden. Er wünscht allen eine gute Zusammenarbeit und zeigt sich zuversichtlich, dass es gemeinsam gelingen wird, Düdingen weiterhin erfolgreich zu führen. Er ist überzeugt, dass sowohl im Gemeinderat als auch im Generalrat bei den anstehenden Herausforderungen gute und zukunftsorientierte Entscheide getroffen werden. Abschliessend wünscht er allen viel Erfolg sowie eine gute erste Sitzung mit konstruktiven Beschlüssen.

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Er dankt für die Informationen. Fragt nach, ob es sonst noch Wortmeldungen gibt.

Anton Merkle (Die Mitte): Er hat eine Frage betreffend der Wassersituation. Er ist überrascht, dass es bereits nach zwei Hitzetagen ein solches «Gebot» ausgesprochen wurde. Er ist zudem erstaunt, dass eine Quelle im Juni revidiert wird, obwohl bekannt ist, dass Hitzewellen auftreten können. Er fragt sich, welche Massnahmen getroffen werden können, damit wir in diesem Bereich unabhängiger werden. Seiner Ansicht nach darf es nicht sein, dass bereits nach zwei Tagen Hitze solche Gebote ausgesprochen werden müssen. Er möchte mit dieser Frage niemanden angreifen, sondern er ist sehr besorgt. Er dankt für die Antwort.

GA Urs Hauswirth: Er dankt für die berechtigte Frage. Die Sorgen werden auch von unserer Seite geteilt. Bereits vor vier Jahren musste ein Flugblatt verteilt werden. Der Auftrag an die Wasserversorgung, in welcher auch Mitglieder des Gemeinderates vertreten sind, besteht. Es wird aktiv nach Lösungen und zusätzlichen Wasserressourcen gesucht. Die grosse Schwierigkeit liegt nach wie vor im hohen Anteil der Rückstände. Bei einem grösseren Standort, von dem wir uns Wasser erhofft hatten, wissen wir, dass wir dieses nicht nutzen können. Die Wasserversorgung ist daran, die bestehenden Quellen so weit wie möglich auszubauen und dies in einem Verbund weiter zusammenzuschliessen, damit wir in Zukunft besser aufgestellt sind. Der Auftrag ist erteilt, und es wird intensiv daran gearbeitet, damit im nächsten Jahr keine ähnliche Situation entsteht.

Carole Fasel (FWD/glp/Mitte Links/Grüne): Wir in unserer Reihe waren alle etwas erstaunt, über die Einführungskurse für die Generalräte und Gemeinderäte. Wo hätte man dies mitbekommen?

GA Urs Hauswirth: Dies war eines der ersten Mails an die neu gewählten Mitglieder des Generalrates. Nach ihm mit der Einladung des FGV. Er müsste dies noch überprüfen.

Carole Fasel (FWD/glp/Mitte Links/Grüne): Aber nur an die neuen Mitglieder?

GA Urs Hauswirth: Dieses Mail ging an alle Mitglieder.

Nicole Clerc (FDP): Also sie hat dieses Mail auch nicht erhalten und war vorhin sehr erstaunt, als sie von diesen Kursen erfahren hat. Sie wäre gerne gegangen.

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Wir warten jetzt die Wahlen ab und schauen mit dem Amt für Gemeinden, damit sie dieses nochmals für uns in Düdingen organisieren und uns die Kurse auf deutsch geben.
Weist darauf hin, dass Jürg Mosimann nun eingetroffen ist.

NEUE PRÄSENZ: 48 Mitglieder (absolutes Mehr: 25)

0.11.3.010	Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
2	Generalratssitzungen 2026-2031 Genehmigung Protokolle vom 20.04.2026 und 18.05.2026

2.1 Protokoll der Generalratssitzung vom 20. April 2026

Beschreibung

Das noch nicht genehmigte Protokoll der Sitzung des Generalrates vom 20. April 2026 lag in der Gemeindkanzlei zur Einsichtnahme auf und konnte auf der Homepage unter www.duedingen.ch (Rubrik: Politik/Generalrat/Publicationen) eingesehen werden.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, das Protokoll der Generalratssitzung vom 20. April 2026 zu genehmigen.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 48

Das Protokoll Nr. 23/2026 der Sitzung des GnR vom 20. April 2026 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

2.2 Protokoll der Generalratssitzung vom 18. Mai 2026

Beschreibung

Das noch nicht genehmigte Protokoll der Sitzung des Generalrates vom 18. Mai 2026 lag in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf und konnte auf der Homepage unter www.duedingen.ch (Rubrik: Politik/Generalrat/Publikationen) eingesehen werden.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, das Protokoll der Generalratssitzung vom 18. Mai 2026 zu genehmigen.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 48

Das Protokoll Nr. 1/2026 der Sitzung des GnR vom 18. Mai 2026 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

	1.50.6	Feuerwehr Mehrzweckgebäude Chännelmattstrasse
3	Mehrzweckgebäude Chännelmatte Umbau und Erweiterung Feuerwehrausrückstandort Düdingen; Beschluss zum Vorprojekt sowie Beschluss zum Projektierungskredit für SIA-Phasen 33+41 und Objektkredit für vorgezogene Bauleistungen	

Ressort GR Dylan Porchet und GR Renata Rätzo

Ausgangslage

Der Generalrat hat anlässlich seiner Sitzung vom 24. Februar 2025 den Projektierungskredit für den Generalplaner für die SIA-Phasen 31 (Vorprojekt) und 32 (Bauprojekt) für den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrausrückstandorts Düdingen genehmigt.

Das ausgearbeitete Vorprojekt mit einer Kostenschätzung von $\pm 15\%$ liegt nun vor und soll zusammen mit dem Projektierungskredit für den Generalplaner für die SIA-Phasen 33 (Bewilligungsverfahren) und 41 (Ausschreibungen) dem Generalrat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Ziel

Sobald der Generalrat das Vorprojekt sowie den Projektierungskredit für die SIA-Phasen 33 und 41 genehmigt hat, kann die Arbeit nahtlos fortgesetzt werden. Ziel ist es, an der Generalratssitzung vom 15. März 2027 den Ausführungskredit (Objektkredit) für die SIA-Phasen 51 (Ausführungsplanung), 52 (Ausführung) und 53 (Inbetriebnahme) zu genehmigen.

Projektbeschreibung

Vorprojekt

Das Vorprojekt mit einer Kostenschätzung von $\pm 15\%$ des Generalplaner-Teams wurde in Zusammenarbeit mit der «Arbeitsgruppe Nutzer» und der «Baukommission» ausgearbeitet.

Der obere Gebäudeteil auf der Ebene des Begegnungszentrums wird vollständig neu aus Schweizer Holz erstellt. Darin befinden sich die Fahrzeughalle mit zehn Toren, die Feuerwehrgarderoben für Damen und Herren sowie im Obergeschoss die Büros, ein Aufenthaltsraum und der Schulungs- bzw. Theorieraum.

Im unteren, bestehenden Gebäudeteil auf der Ebene Migros werden zwei Garagen umgenutzt. Darin entstehen Räume für die Anlieferung, eine Schlauchwaschanlage, die Kleiderwäsche, eine Werkstatt sowie Bereiche zum Füllen und Prüfen der Druckluftflaschen, ein Betriebsstofflager und ein Kleiderlager.

Zwei bestehende Feuerwehrgaragen stehen künftig dem Werkhof zur Verfügung.

Das bestehende Zwischengeschoss kann weiterhin von den Düdinger Vereinen genutzt werden (Archiv und Lagerraum für Uniformen).

Der Schulungsraum der Feuerwehr aus dem Jahre 2009 bleibt bestehen und kann weiterhin genutzt werden. Auf dem Dach des Gebäudes ist eine Photovoltaikanlage geplant.

Kostenschätzung

Die aktuelle Kostenschätzung für den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrausrückstandorts Düdingen beträgt CHF 13'700'000 inkl. MwSt. ($\pm 15\%$). Die Grobkostenschätzung aus der Machbarkeitsstudie (SIA-Phase 21) belief sich auf CHF 13'800'000 inkl. MwSt. ($\pm 25\%$).

Verpflichtungskredite bestehend aus Projektierungs- und Objektkredit

Die Kosten für den Projektierungskredit des Generalplaners für die SIA-Phasen 33 und 41 belaufen sich auf CHF 302'680 inkl. MwSt. Hinzu kommen vorgezogene Kosten für Bauleistungen (Sondagen am Baukörper, Asbest-Analysen, TV-Untersuchung Kanalisation, Vorbereitungsarbeiten und Mietkosten für Provisorien) in der Höhe von CHF 180'320 inkl. MwSt. Dies ergibt ein Total für den Verpflichtungskredit von CHF 483'000 inkl. MwSt. Der Verpflichtungskredit setzt sich aus einem Projektierungskredit für die SIA-Phasen 33 und 41 von CHF 302'680 inkl. MwSt. und einem Objektkredit von CHF 180'320 inkl. MwSt. für die vorgezogenen Bauarbeiten zusammen. Diese Kosten sind in der Kostenschätzung von CHF 13'700'000 inkl. MwSt. ($\pm 15\%$) enthalten.

Darin sind folgende Planer Leistungen enthalten:

- Architekt
- Bauingenieure (Fachrichtung Beton und Holz)
- Heizungs-, Lüftungs-, Kälte- und Sanitäringenieur
- Elektroingenieur
- Bauphysiker
- Koordinationsplaner

Subventionen KGV

Gemäss den ersten Berechnungen des Architekten betragen die Subventionen von der Kantonalen Gebäudeversicherung KGV ca. CHF 2'700'000. Die Berechnung für die Subventionen wird zur Zeit von der Kantonalen Gebäudeversicherung KGV überprüft.

Termine

- Eingabe Baubewilligung September 2026
- Einreichung Subventionsgesuch KGV September 2026
- Ausschreibungsphase Oktober 2026 – Februar 2027
- Genehmigung Bau- und Planungskredit für die «SIA-Phasen 51 Ausführungsplanung, 52 Ausführung und 53 Inbetriebnahme» durch den Generalrat 15.03.2027
- Baustart Provisorien & Rückbau Juni 2027

- Baustart Umbau & Neubau Oktober 2027
- Inbetriebnahme Juni 2029

Rechtliche Qualifikation der Ausgabe

Es handelt sich um einen Verpflichtungskredit (bestehend aus einem Projektierungskredit und einem Objektkredit) gemäss Art. 25, 26 und 27 des kantonalen Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (GFHG) sowie um eine neue einmalige Ausgabe.

Finanzierung und Folgekosten

Das vom Generalplaner-Team offerierte Honorar für den Projektierungskredit für die SIA-Phasen 33 und 41 gemäss SIA-Ordnung 102/2020 inkl. den vorgezogenen Bauleistungen beträgt:

TOTAL	CHF	483'000
--------------	------------	----------------

Investitionsfolgekosten ab Inbetriebnahme:

Jährliche Abschreibung 3 % (33 ⅓ Jahre)	CHF	14'490
---	-----	--------

Verzinsung, kalkulatorischer Zins 1.5 % ¹	CHF	7'245
--	-----	-------

Jährliche Folgekosten	CHF	21'735
------------------------------	------------	---------------

Die Ausgabe ist im Investitionsbudget 2026 vom 15. Dezember 2025 enthalten, resp. im Finanzplan 2026–2030 eingestellt. Die Folgekosten werden erst nach der Aktivierung zum Tragen kommen. Die Aktivierung erfolgt nach Abschluss der Arbeiten. Bei Nichtrealisierung erfolgt eine Sonderabschreibung zu Lasten der Erfolgsrechnung des betreffenden Jahres. Da betreffend Realisierungskosten noch Unsicherheiten bestehen, können die Auswirkungen auf die Finanzkennzahlen noch nicht genau beziffert werden. Die Auswirkungen werden spätestens im Ausführungskredit (Objektkredit) im März 2027 ausgewiesen.

¹ Aktueller Zinssatz = 0.99 %

Aktuell zahlt der Mehrzweckverband Sensebezirk jährlich CHF 140'520.– Mietzins für den bestehenden Feuerwehstützpunkt in Düdingen. Mit der Inbetriebnahme des neuen Feuerwehstützpunkts wird der Mietzins neu verhandelt.

Gemeindekommissionen

Die Baukommission spricht sich für das Vorprojekt sowie den Projektierungskredit und Objektkredit für den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrausrückstandorts Düdingen aus.

Fazit

Mit der Genehmigung des Vorprojekts und der Bewilligung des Projektierungskredits sowie der vorgezogenen Bauarbeiten kann ein realistischer Zeitplan eingehalten werden, der die Inbetriebnahme des Umbaus und der Erweiterung des Feuerwehrausrückstandorts Düdingen im Juni 2029 ermöglicht.

Einleitung:

Herbert Stadler: Er fragte sich was diese SIA-Phasen 33 + 41 sind und informiert folgendes:

- SIA-Phase 33: Sie bildet den formellen Abschluss der Hauptphase 3 (Projektierung) und schlägt die Brücke zwischen der detaillierten Planung und der späteren Ausschreibung bzw. Realisierung.
- SIA-Phase 41: Nachdem in der Phase 33 die Baubewilligung gesichert wurde, geht es in der Phase 41 darum, das Projekt so präzise zu beschreiben, dass Unternehmer und Lieferanten exakte und vergleichbare Offerten einreichen können.

GR Dylan Porchet: Herbert hat es erwähnt, wir gehen in die nächste Phase über. Er dankt für die Erläuterungen.

Das letzte mal trat er am 24. Februar 2025 an den Generalrat. Damals ging es um den Projektierungskredit für den Generalplaner für die SIA-Phasen 31 und 32. Ziel ist es, dass der Generalrat die SIA-Phasen 33 (Bewilligungsverfahren) und 41 (Ausschreibungen) genehmigt. Das Vorprojekt hat eine Kostengenauigkeit von +/- 15 %. Die Kosten sind in der Botschaft sauber ausgewiesen sowie auch die entsprechenden Pläne. Das Ziel hat er bereits erwähnt.

Am 15. März 2027 möchten wir mit Ausführungskredit für nächsten SIA-Phasen 51, 52 und 53 an den Generalrat gelangen. Wir haben uns bei diesem Projekt entschieden, dass wir etappenweise vorgehen und den Generalrat schrittweise in die nächsten SIA-Phasen mitnehmen.

Zum Projektinhalt: Hier nebenan seht ihr noch das aktuelle Feuerwehrlokal. Er verweist auf die Pläne, welche anhand der PP-Präsentation aufgezeigt werden.

Beim ersten Plan wird aufgezeigt, dass anschliessend an das alte Lokal Büroräumlichkeiten, ein Aufenthaltsraum sowie der Theoriesaal entstehen werden. Dieser Theoriesaal wird den aktuellen Theoriesaal beim roten Kopfbau, welcher sich neben dem Parkplatz befindet, ersetzen. Damit erreichen wir einerseits, dass alles, was die Feuerwehr betrifft, unter einem Dach sein wird. Dieser Kopfbau steht künftig für andere Möglichkeiten zur Verfügung. Dies kann kurzfristig für die Vereine sein und mittel- bis langfristig für den Ausbau des Werkhofs. Dies sind Optionen, die offen sind, da dieser Bau nicht mehr von der Feuerwehr genutzt wird.

Einen Stock tiefer, beim rechten Bereich unterhalb der Sitzungsräumlichkeiten, befinden sich die Garderoben. Die Garderoben für die Frauen befinden sich oben und diejenigen für die Männer unten. Dies haben wir getrennt, sodass die Schränke flexibel eingeteilt werden können. Wenn künftig mehr Frauen als Männer in der Feuerwehr sein sollten, kann man die Einteilung relativ flexibel anpassen.

Zu betonen ist, dass der operative Ablauf das prioritäre Ziel gewesen ist, dass in diesem Projekt zu berücksichtigen war. Der Parkplatz, wie er heute besteht, wird etwas kleiner werden, jedoch so, dass die von der KGV vorgegebene Anzahl Parkplätze eingehalten wird. Die Personen parkieren auf dem Parkplatz und können direkt ins Gebäude zu den Garderoben gelangen sowie weiter in die Fahrzeughalle.

Diese grosse Fläche wird quasi in zwei Teile unterteilt: Die Fahrzeughalle wird neu zehn Register bzw. zehn Tore haben. Somit haben künftig alle Fahrzeuge Platz. Es ist dann nicht mehr so ungünstig wie heute, wo die Tore für zwei Fahrzeuge nebeneinander zu schmal, für nur ein Fahrzeug hingegen zu breit sind. Mit diesen zehn Fahrzeugboxen bestehen dann klare Verhältnisse.

Einen Stock tiefer befinden sich aktuell ein Luftraum, Archive und Räumlichkeiten für Vereine. Es war uns ein Anliegen, dass wir diesen Platz weiterhin gewährleisten können.

Er verweist auf den nächsten Plan, welcher angezeigt wird. Auf der rechten Seite ist vieles rot dargestellt. Dies wird der Bereich Retablierung und Dienstleistungen für den Bezirk sein. Zur Erinnerung: Früher sprach man vom Stützpunkt, heute spricht man vom Ausrückstandort mit speziellen Einsatzmitteln. Dazu gehören beispielsweise die Autodrehleiter, die Ölwehr usw., welche von Düringen aus für den ganzen Bezirk ausrücken. Zusätzlich werden dort Dienstleistungen wie die Retablierung und die Aufbereitung des Materials erbracht, welche Düringen für den gesamten Bezirk übernimmt.

Es war auch ein Anliegen, dass dies sauber getrennt wird: der obere Teil für den operativen Bereich der Feuerwehr und das Ausrücken sowie der untere Teil für den Dienstleistungsbetrieb mit der Retablierung usw. für den ganzen Bezirk. Des Weiteren gibt es im unteren Teil Lagerräumlichkeiten.

Wichtig zu erwähnen ist, dass die Garagen links unter dem aktuellen Polizeigebäude künftig als Reserve für die Liegenschaftsverwaltung dienen werden, beispielsweise für Material, Fahrzeuge usw. Die zwei grösseren Boxen werden künftig dem Werkhof als Reserve zur Verfügung stehen. Aktuell werden diese noch von der Feuerwehr genutzt. Dadurch, dass sich künftig alle Fahrzeugboxen im oberen Bereich befinden, sind diese Garagen als Reserve vorgesehen.

Wir haben versucht, dieses Projekt so kompakt wie möglich zu gestalten. Gleichzeitig haben wir es geschafft, Reserven für die Liegenschaften, den Werkhof sowie gegebenenfalls kurz- bis mittelfristig für die Vereine zu schaffen.

Beim Plan mit dem Querschnitt ist ersichtlich: Gelb ist der Bestand und Rot zeigt, wie es künftig aussehen soll. Das Volumen ist effektiv grösser, von der Höhe her bleiben wir jedoch auf der Höhe des Bestands.

Beim nächsten Bild sieht man im oberen Teil ganz links unten einen Hohlraum, dieser wird als Wassertank benötigt. Wir haben vorhin bereits gehört, dass Wasser ein knappes Gut ist. Hier haben wir das Ziel, dass wir das Dachwasser sammeln und in diesen Hohlraum einspeisen.

Anhand der PP-Präsentation werden einige Gebäudefotos aufgezeigt. Im oberen Teil ist die Ansicht vom BZ her ersichtlich mit den zehn Toren sowie dem Kopfbau mit den Garderoben und Büroräumlichkeiten. Im mittleren Teil ist die Ansicht von der Migros-Seite ersichtlich mit den drei linken Toren des Werkhofs und den drei Toren, in denen sich der Dienstleistungsbereich mit der Retablierung befindet. Dort befindet sich das Lager, wo die Materialien angeliefert (schwarz) und, wenn sie gereinigt (weiss) sind, wieder abgeholt werden können. Damit wird eine saubere Trennung sichergestellt. Die zwei rechten Tore stehen künftig dem Werkhof als Reserve zur Verfügung.

Auf der rechten Seite ist das Garagentor ersichtlich, wo es einen Überhang der Fläche gibt. Wir prüfen aktuell, ob wir dort die bestehenden Tore, welche sich unten befinden, nach rechts versetzen könnten. Ziel ist es, die Situation zu optimieren.

Auf der nächsten Folie werden Visualisierungen angezeigt, allerdings mit einem amerikanischen Feuerwehrauto, da die KI unsere Sensler Fahrzeuge noch nicht gespeichert hat. Von den Farben her entspricht dies vermutlich noch nicht dem, was wir uns vorstellen. Es ist klar, dass es ein Holzbau sein wird. Die Farbnuancen sind noch in Diskussion.

Auf der rechten Seite sind mögliche Visualisierungen dargestellt, wie es vom Material her aussehen könnte. Auch diese werden noch diskutiert. Ziel ist es, dass das Gebäude zweckmässig ist, möglichst viel aus Holz besteht und die vorgesehenen Kosten einhält.

Die Kostenschätzung wurde der Botschaft ebenfalls beigelegt. Die Grobkostenschätzung lag damals in der Machbarkeitsstudie bei CHF 13.8 Mio. (+/- 25 %) Man ist sich gewohnt, dass es in der Regel etwas teurer wird. Aktuell sieht es jedoch nicht so aus. Die Kostenschätzung im Vorprojekt, welches genauer ist, beträgt nun CHF 13.7 Mio. (+/- 15 %), also tiefer als in der Machbarkeitsstudie.

Was ist heute genau das Thema: Einleitend wurden die SIA-Phasen erwähnt. Es geht darum, dass wir den nächsten Schritt machen können. Es gibt zwei Teile: den Projektierungskredit und den Objektkredit. Der Objektkredit umfasst auch gewisse vorgezogene Kosten wie Sondagen und Asbestklärungen, da bei diesem Gebäude aus diesem Jahrgang mit entsprechenden Belastungen zu rechnen ist, sowie Vorbereitungsarbeiten und Mietkosten.

Er hofft, dass dies aus der Baukommission in die Fraktionen weitergegeben wurde. Wir haben das Glück, dass wir uns mit der gesamten Feuerwehr in eine bestehende Halle einmieten können, und dies zu guten Konditionen im Vergleich zu einem eigens zu erstellenden Provisorium. Wir haben hier einen Glücksfall, dass der gesamte Betrieb der Feuerwehr während der Bauphase ausgelagert werden kann.

Aufgrund dieser Gelegenheit mieten wir das Lokal bereits im Voraus. Dies ist auch ein Grund, weshalb wir heute den Kredit beantragen. Selbstverständlich sind diese Kosten in den Gesamtkosten von CHF 13.7 Mio. bereits eingerechnet.

Heute beantragen wir bei euch CHF 483'000. Er wäre froh, wenn der Generalrat dies genehmigen würde.

Stellungnahme der Fiko gemäss Gemeindegesetz (Sprecher: Stefan Siegenthaler)

Die Finanzkommission hat das Projekt Umbau Erweiterung Feuerwehrgebäude aus finanztechnischer Sicht geprüft.

Die Botschaft ist ausführlich beschrieben und umfasst die Projektierungsphasen SIA 33 und 41, für welche Kosten von CHF 302'860 anfallen. Dazu kommt noch der Objektkredit von CHF 180'320.

Diese Kosten sind in der aktuellen Gesamtkostenschätzung von CHF 13.7 Mio. enthalten was einem Minus von CHF 100'000 zur ersten Schätzung bedeutet. Die Kostengenauigkeit wird mit Plus-Minus 15 % angegeben.

Die Finanzierung und Folgekosten wurden nach SIA-Ordnung 102/2020 berechnet

Total Kosten	CHF	483'000
Investitionskosten ab Inbetriebnahme		
Jährliche Abschreibung 3 % (33.5 Jahre)	CHF	14'490
Verzinsung kalkulatorischer Zins 1.5 %	CHF	7'245
Jährliche Folgekosten	CHF	21'735

Die Abschreibung und Verzinsung entsprechen den üblichen heutigen Normen.

Die Fiko weist auf Folgende Punkte hin:

- Die definitive Prüfung der Subventionen durch die KGV ist noch nicht abgeschlossen. Die genannten Subventionen von CHF 2.7 Mio. sind eine Schätzung. (Einhaltung Franken pro Quadratmeter Subvention)
- Für den geplanten Bau- und Genehmigungskredit für die Generalratsitzung vom 15.03.2027 müsste der Mietzins vom Mehrzweckverband bekannt sein, oder eine Kostenanpassung bei eventuell höheren Kosten garantiert werden. In der Botschaft steht, mit der Inbetriebnahme des neuen Feuerwehrstützpunkts werde der Mietzins verhandelt.
- Für den definitiven Genehmigungskredit Feuerwehrlokal müssen Subventionsbedingungen und Mietzinseinnahmen bekannt und geklärt sein.

Aus finanztechnischer Sicht kann die Finanzkommission dem Projekt Umbau und Erweiterung Projektierungs- und Objektkredit somit zustimmen.

Wortmeldungen:

Patrick Schaller (FDP): Die FDP Düringen hat den Antrag zum Projektierungs- und Objektkredit geprüft und wird diesem zustimmen.

Wir ersuchen den Gemeinderat und die Delegierten des Mehrzweckverbandes, eine für die Gemeinde angemessene Kostenmiete für das Feuerwehrgebäude sowie eine faire, verursachergerechte Aufteilung der Betriebskosten sicherzustellen. Dies ist wichtig, dass wir als Gemeinde, die den Ausrückstandort haben nicht weitere Kosten vom Bezirk übernehmen müssen.

Benedikt Fasel (FWD/glp/Mitte Links/Grüne): Wir haben letzte Woche noch Fragen per Mail geschickt zu diesem Projekt. Uns wurde versprochen, dass uns geantwortet wird. Dies war jetzt noch nicht der Fall. Daher stellt er diese Fragen nochmals explizit:

- Wieso wird nur 1/3 vom Dach mit Solarzellen bedeckt?
- Es gibt in naher Umgebung viele Grosskonsumenten, die den Strom insbesondere auch tagsüber gebrauchen könnten: wurde mit ihnen eine Bedarfsabklärung gemacht? Beispiele: BZ, Kirche, Ochsen, Migros, Gewerbegebäude Duensstrasse 1 und 3, Chännelmattstrasse 9 und 11, neues Quartier Bachtelmatte.
- Wie gross wären die Mehrkosten für ein späteres Nachrüsten? Was würde dies kosten? Wäre das überhaupt möglich?
- Könnte nicht noch ein zusätzlicher Stock, z.B. für sozialen Wohnungsbau gebaut werden?

GR Dylan Porchet: Ja diese Fragen sind effektiv geschickt worden.

Wir haben dies betreffend Solarpanels angeschaut. Aktuell ist es so, dass ein Drittel des Eigenbedarfs des Gebäudes gedeckt ist. Die Installation ist jedoch so ausgelegt, dass eine Erweiterung möglich ist. Am Ende ginge es darum, die Solarpanels zu erweitern. Die Station bzw. der Boden ist dafür vorbereitet.

Weshalb das andere schwierig ist, also z.B. Strom an Private zu verkaufen: Es ist effektiv ein Politikum, bei dem sich die Gemeinde fragen muss, ob sie dies möchte. Diese Frage haben wir uns bisher noch nicht gestellt bzw. diskutiert. Stand heute produzieren wir den Strom für die Gemeindeligenschaften, sodass deren Bedarf gedeckt ist. Das wurde auch bei diesem Projekt so vorgesehen.

Wie das künftig aussehen wird, ist noch nicht klar. Es muss eine politische Diskussion darüber geführt werden, ob die Gemeinde Stromproduzentin für Private sein soll bzw. ob Stromhandel eine Gemeindeaufgabe sein soll.

Für uns war auch wichtig, dass die Fläche beansprucht werden könnte, damit bei Bedarf einfach nachgerüstet werden kann. Welche Kosten dies bedeuten würde, ist im Moment noch nicht klar und Stand heute auch noch nicht vorgesehen.

In diesem Projekt stand in erster Linie der Auftrag für die Feuerwehr im Vordergrund. Was ein künftiges Nachrüsten kostenmässig bedeuten würde, könnte relativ schnell ermittelt werden. Im Moment bringt dies jedoch nichts, da dafür finanziell nichts eingestellt bzw. vorgesehen ist.

Dies mit den Wohnungen ist kein Thema gewesen. Wir waren noch im Gespräch mit der Polizei – dies ist euch bekannt-, um sie weiterhin zu integrieren. Sie haben jedoch eine andere Lösung bevorzugt, ebenfalls in Düringen. Dies wird hoffentlich schon bald kommuniziert werden.

Sozialer Wohnungsbau war nicht der Auftrag dieses Projekts. Er fragt sich zudem, ob der Standort dafür überhaupt optimal wäre. Dies müsste diskutiert werden, war jedoch nicht Teil dieses Projekts.

Was er sich noch überlegt hat und was auch Kuno Werro beim letzten Mal gesagt hat, betrifft das Milizsystem und die Frage, wie lange dieses aufrechterhalten werden kann bzw. ob künftig noch genügend Personen zur Verfügung stehen. Sollte sich dies irgendwann einmal ändern, sollten wir die Fläche nutzen können, damit dort Räumlichkeiten geschaffen werden können, sodass die Personen 24/7 vor Ort sein können. Dies würde bedeuten, Schlafmöglichkeiten usw. zu schaffen.

Wenn wir uns entschieden haben, den Standort für die Feuerwehr aufrechtzuerhalten, und dieser auch längerfristig der Standort der Feuerwehr sein soll, müssen wir uns solche Gedanken machen und den sozialen Wohnraum an einem anderen Standort andenken.

Fragt, ob er alle Fragen beantwortet hat.

Benedikt Fasel (FWD/glp/Mitte Links/Grüne): Dankt für die Antworten.

Marco Zbinden (SVP): Im Namen der SVP möchten wir dem Generalplaner und dem Gemeinderat für die ausführlichen und transparenten Informationen mittels Baukommission und Botschaft danken.

Durch die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Nutzer und der Baukommission, sowie etliche Informationen aus Erfahrungsaustausch wird uns hier ein zeitgemässes und zwecknützliches Gebäude präsentiert. Im Projekt wurden viele Details in Sachen Nutzen berücksichtigt, ohne jedoch das Machbare und Notwendige mit dem Wünschenswerten und überflüssigen zu vermischen.

Durch intensive Abklärungen wie zum Beispiel zu Statik, Bauphysik, Leitungsverläufe und Zustände etc, welche über das normale Mass hinausgehen, konnte zudem die Fehlerquelle der Baukostenberechnung deutlich reduziert werden.

Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist auch das Provisorium der Feuerwehr während der Bauzeit. Hier konnte durch aktives Handeln eine aus unserer Sicht optimale Lösung erzielt werden, bei der Kosten und Nutzen optimal sind.

Den Mietzinsverhandlungen und der Höhe und Genauigkeit der Subventionen der KGV ist aber ein besonderes Augenmerk zu richten.

Wir von der SVP stehen hinter diesem Projekt und Stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Paul Stübi (Die Mitte): Mit der Genehmigung des vorliegenden Geschäfts kann die Planung für den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrausrückstandorts ohne Unterbruch fortgesetzt werden.

Der beantragte Verpflichtungskredit von insgesamt CHF 483'000 ist bereits in der Gesamtkostenschätzung von CHF 13.7 Mio. enthalten. Die Finanzkommission beurteilt das Geschäft aus finanztechnischer Sicht positiv.

Die Mitte-Fraktion unterstützt daher den Antrag des Gemeinderates und wird dem Vorprojekt sowie dem Verpflichtungskredit zustimmen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat das Vorprojekt und den Verpflichtungskredit (bestehend aus einem Projektierungskredit für die SIA-Phasen 33 + 41 sowie einem Objektkredit für vorgezogene Bauleistungen) in der Höhe von CHF 483'000 inkl. MwSt. zu genehmigen.

Beschlussfassung:**Anwesende Generalräte: 48**

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

	3.41.8.010	Regio Badi Sense Gemeindeverband
4	Gemeindeverband "Regio Badi Sense" Sanierung und Erweiterung Regio Badi Sense Variante 7a; Beschluss zum Investitionskredit der Regio Badi Sense und Budgetkredit der Gemeinde Düringen	

Ressort GR Renata Rätz**Ausgangslage**

Vor mehr als 60 Jahren, am 3. Juli 1964, öffnete das Schwimmbad Laupen seine Tore. Für das CHF 820'000 teure Projekt musste die Gemeindeversammlung von Laupen grünes Licht geben. Laupen betrieb die Badi mehr als 40 Jahre und erneuerte in dieser Zeit kleinere Schäden. Weil die Gemeinde die Badi attraktiver machen wollte, aber zu wenig Geld hatte, klopfte sie bei den Nachbargemeinden an. Im März 2009 gründeten die Gemeinden rund um die Badi Laupen den Gemeindeverband "Regio Badi Sense", zu dem heute sieben Gemeinden des Kantons Freiburg, vier Berner Gemeinden und die Burgergemeinde Laupen gehören. Nach der Gründung des Gemeindeverbandes wurde die Regio Badi Sense während zwei Jahren für rund zwei Millionen Franken saniert und erweitert. Im Jahr 2019 wurde eine weitere Sanierung nötig. Für rund CHF 1 Million wurden die sanitären Anlagen, das Bistro und weitere kleinere Umbauten getätigt. In den Jahren 2021 bis 2023 wurden technische Installationen erneuert, welche für den Badebetrieb unbedingt notwendig waren (Schaltschrank, verschiedene Umwälzpumpen). Für rund CHF 200'000 wurde im Jahre 2024 eine Photovoltaikanlage installiert.

Ziel

Mit der Sanierung und Erweiterung der Regio Badi Sense wird die dauerhafte Sicherstellung eines ordnungsgemässen Schwimmbadbetriebs für die Benutzer gewährleistet und die Attraktivität der Badi gesteigert.

Zustandsanalyse und Projektbeschreibung

Im Sommer 2024 wurde Jenzer + Partner beauftragt, eine Zustandsanalyse der Regio Badi Sense durchzuführen. Diese lag im September 2024 dem Vorstand vor und wurde auch den Delegierten zur Kenntnis gebracht. Darin wurden einerseits die Garderoben, die Wasseraufbereitungsanlage sowie die Becken analysiert. Andererseits wurde eine Bedarfsanalyse durchgeführt sowie das Besucherpotential und die potenzielle Wasserfläche bestimmt.

PVC-Folie im Kombi- und Springbecken

Aufgrund der Analyse wurden bereits im Frühjahr 2025 die Ablaufrinnen im Hauptbecken neu ausgekleidet. Das Springbecken wurde aufgrund der Analyse ebenfalls im Frühjahr 2025 mit einer Folie ausgekleidet. Die PVC-Folie im Kombibecken wurde 2010 installiert und ist am Ende ihrer Lebensdauer. Sie muss voraussichtlich in den nächsten zwei bis drei Jahren ersetzt werden. Schon jetzt weist sie zahlreiche Verfärbungen aus und wurde bereits an einigen Stellen repariert.

Kinderplanschbecken

Die Zustandsanalyse hat ergeben, dass die Wassertiefe des Kinderplanschbeckens die maximal zulässige Tiefe von 40 cm übersteigt. Hinzu kommt, dass auf mindestens 50 % der Wasserfläche ein Sonnenschutz obligatorisch ist (seit 2015 verpflichtend).

Die Düsenöffnungen sind mit 18 mm zu gross und stellen ein Unfallrisiko für Kinder dar. Maximal sind Öffnungen von 8 mm im und am Wasser zugelassen. Auch ist der Auslass beim Natursteinbrunnen zu gross. Die raue Betonoberfläche hat ausserdem zur Folge, dass sich sehr schnell Algen bilden. Die Instandstellung ist nur durch wiederholte und intensive Reinigungsarbeiten möglich. Die Becken-Hydraulik entspricht ebenfalls nicht der Norm. Dies führt zu schlechten Wasserwerten und in Kombination mit dem rauen Beton zu verstärkter Algenbildung.

Aufgrund des schlechten Zustandes des Kinderplanschbeckens und den Risiken für die Badegäste empfiehlt Jenzer + Partner einen Ersatzneubau des Kinderplanschbeckens.

Potenzialanalyse

In der Zustandsanalyse wird unter anderem die empfohlene Wasserfläche auf die Einwohnerzahl im Einzugsbereich der Badeanstalt ausgewiesen. Die definierte Einwohnerzahl im Einzugsgebiet entspricht einer empfohlenen Wasserfläche von rund 2'400 m², mit welcher alle Bedürfnisse abgedeckt und berücksichtigt werden. Aktuell besteht in der Badi eine Wasserfläche von 1'400 m².

Erweiterungsanalyse

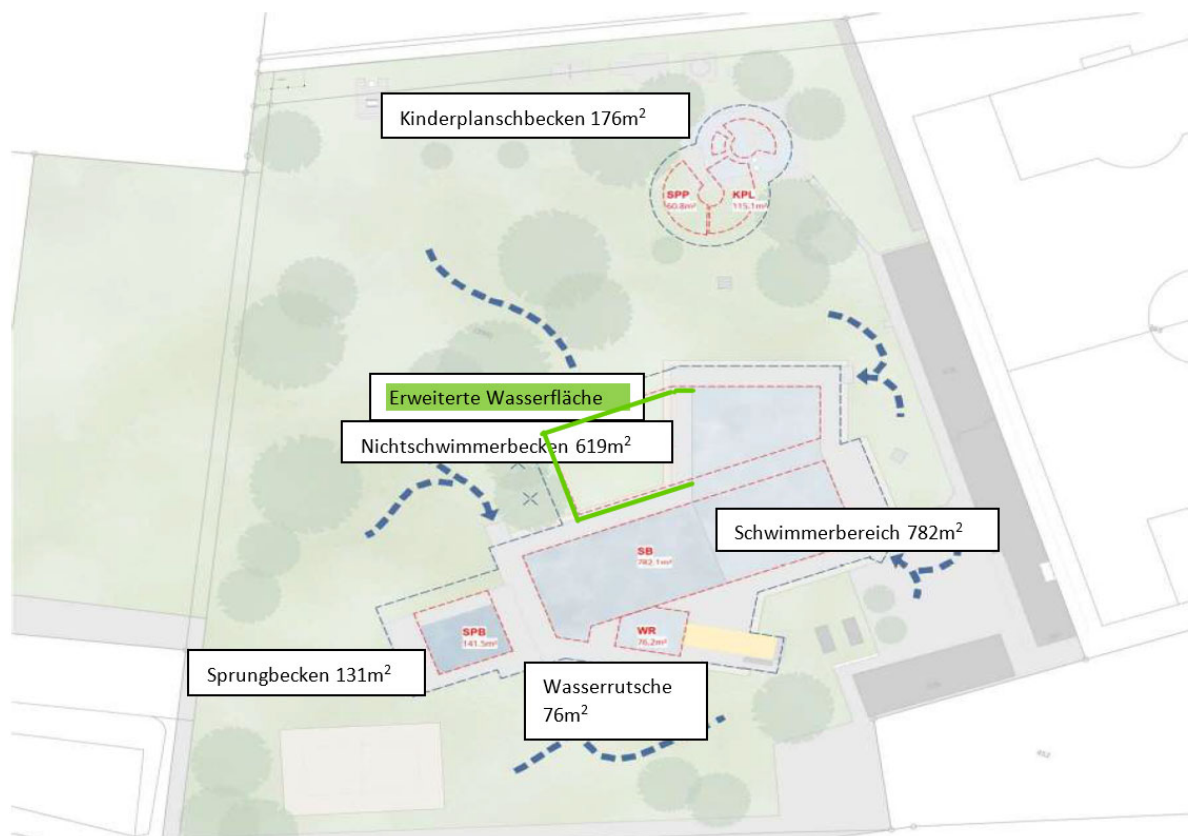
Gestützt auf die Zustandsanalyse 2024 wurde Jenzer + Partner beauftragt, die Erarbeitung eines Vorprojektes vorzunehmen. Diese beinhaltet auch die Prüfung einer möglichen Erweiterung des Kombibeckens.

Zurzeit bestehen in der Badi ein Kinderplanschbecken, ein Springbecken und ein Kombibecken. Das Kombibecken ist in einen Nichtschwimmer- und Schwimmerbereich aufgeteilt. Aufgrund der Vermischung der beiden Bereiche besteht eine Konfliktzone, worin die Wassertiefe über 1.20 m ist und somit für Nichtschwimmer zur Gefahr werden kann. Um diese Gefahr zu verhindern, wurden mehrere Varianten zur Erweiterung der Wasserflächen erstellt.

Variante 7a

Die Variante 7a beinhaltet den Ersatzneubau des Kinderschwimmbeckens wie auch die Erweiterung der Wasserfläche und der Wasseraufbereitungsanlage. Gleichzeitig wird auch die Folie ersetzt. Die Sanierung wird auf Herbst 2026 – Frühling 2027 geplant. Der Verpflichtungskredit beläuft sich hierbei auf CHF 3'760'200.

Plangrundlage



Fazit

An der Sitzung vom 20. August 2025 hat sich der Vorstand durch Jenzer + Partner beraten lassen, Unklarheiten ausgeräumt und die verschiedenen Varianten diskutiert. Es macht Sinn, gleichzeitig mit der Erneuerung der PVC-Folie auch die Wasserfläche zu erweitern. Ebenfalls wird durch die Erweiterung eine klare Trennung zwischen Schwimmern und Nichtschwimmern erstellt und somit die Sicherheit in den Becken verbessert. So kann auch die Attraktivität der Badi verbessert und ihr Angebot geschärft werden. Die Sanierung des Kinderplanschbeckens ist aus juristischen Gründen ein Muss. Da es nicht mehr den gesetzlichen Richtlinien entspricht, müsste es entfernt werden. Ein wichtiger Teil der Attraktivität der Badi ginge verloren. Da die Wasseraufbereitung des Beckens mit dem grossen Becken verbunden werden muss, ist eine Vergrösserung dieser Anlage nötig.

Finanzielle Zuständigkeiten

Gemäss Organisationsreglement Art. 8 Abs. 1 lit. D, beschliessen die Verbandsgemeinden neue Ausgaben von über CHF 1 Mio. Geschäfte gemäss lit. C und D sind angenommen, wenn die Mehrheit der Verbandsgemeinden zustimmt. Das Verfahren (Art. 9) ist wie folgt:

1. Die Delegiertenversammlung legt die Abstimmungsfrage fest und stellt Antrag.
2. Der Vorstand teilt diese Anträge den Verbandsgemeinden schriftlich mit.
3. Die Verbandsgemeinden beschliessen innert neun Monaten.

Zur Ermittlung des finanzkompetenten Organes in den einzelnen Verbandsgemeinden muss der Kostenverteiler des Gesamtprojektes mit einem Verpflichtungskredit von CHF 3'760'200 verwendet werden (siehe Beilage). Der Anteil Gemeinde Düringen am Verpflichtungskredit beträgt CHF 484'899.

Finanzierung und Folgekosten

Die Regio Badi Sense finanziert die Sanierung und Erweiterung selbst. Der entsprechende Betrag wird nach Inbetriebnahme der Anlage aktiviert und ordentlich abgeschrieben. Den Verbandsgemeinden werden anschliessend die Finanzierungsfolgekosten verrechnet. Diese werden über die Erfolgsrechnung verbucht. Damit die Auswirkung auf den Betriebskostenteiler beurteilt werden kann, wurde der Mehraufwand ausgerechnet. Als Grundlage dienen Abschreibungen von 4 % und Zinsen von 1.5 %, welche aufgrund der Sanierung und Erweiterung generiert werden.

Im Betriebskostenteiler muss ab dem Budgetjahr 2027 mit Mehrkosten von CHF 206'811 gerechnet werden. Diese werden gemäss Betriebskostenteiler den Verbandsgemeinden jeweils in Rechnung gestellt.

Der jährliche Mehraufwand für die Gemeinde Düringen beträgt CHF 26'712. Somit handelt es sich um eine neue wiederkehrende Ausgabe, die den Nettowert von CHF 300'000 übersteigt. Massgebend ist die gesamte voraussichtliche Dauer der Verpflichtung, also der Totalbetrag über 25 Jahre. Daher ist gemäss Art. 6 Abs. 1 und 2 FinR der Generalrat für die Genehmigung zuständig. Gegenwärtig zahlt die Gemeinde Düringen CHF 46'424 jährlich.

Gemeinderat und Delegiertenversammlung Regio Badi Sense

Der Gemeinderat von Düringen ist der Auffassung, dass das vorgeschlagene Sanierungsprojekt für die Regio Badi Laupen sehr wichtig ist. Viele Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde geniessen das Schwimmbad in der Freizeit als Erholungs- und Sportanlage.

Um die Badi weiterzuentwickeln und entsprechend deren Attraktivität zu steigern, hat sich die Delegiertenversammlung Regio Badi Sense einstimmig für die Variante 7a entschieden.

Einleitung:

GR Renata Rätzo: Die Regio Badi Sense ist seit über 60 Jahren ein wichtiger Freizeit- und Begegnungsort für unsere Region. In den vergangenen Jahren wurden bereits verschiedene Sanierungsarbeiten ausgeführt. Eine Zustandsanalyse aus dem Jahr 2024 hat jedoch gezeigt, dass insbesondere das Kinderplanschbecken nicht mehr den heutigen Sicherheits- und Gesetzesanforderungen entspricht und ersetzt werden muss. Zudem ist die Folie des Kombibeckens am Ende ihrer Lebensdauer.

Mit der vorgeschlagenen Variante 7a, wie auf der PP-Präsentation aufgezeigt, wird das Kinderplanschbecken neu gebaut, die Wasserfläche erweitert, die Wasseraufbereitung angepasst und die Folie des Kombibeckens ersetzt. Gleichzeitig erfolgt eine klare Trennung zwischen Schwimmer- und Nichtschwimmerbereich, was die Sicherheit erhöht und die Attraktivität der Badi langfristig stärkt.

Die Gesamtkosten dieses Projekts betragen CHF 3'760'200. Der Anteil der Gemeinde Düringen beläuft sich auf CHF 484'899. Die Investitionskosten werden vollständig durch den Gemeindeverband finanziert. Daraus entstehen ab dem Jahr 2027 Abschreibungs- und Zinskosten, die auf alle Verbandsgemeinden verteilt werden. Für die Gemeinde Düringen würde dies jährlich Mehrkosten von CHF 26'712 bedeuten. Zusammen mit dem bestehenden Beitrag von CHF 46'424 würden wir künftig jährlich CHF 73'000 bezahlen.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Investition notwendig und sinnvoll ist, um den langfristigen Betrieb der Regio Badi Sense sicherzustellen und den Einwohnerinnen und Einwohnern künftig ein attraktives Schwimmbadangebot zu bieten.

Auch die Delegiertenversammlung der Regio Badi Sense unterstützt das Projekt und hat sich einstimmig dafür ausgesprochen.

Sie bittet den Generalrat deshalb dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Es gab noch Fragen zu diesem Traktandum. Es wurde gefragt, woher das Frischwasser für das Bad stammt, ob es sich dabei um Trinkwasser handelt und was passiert, wenn zu wenig Trinkwasser zur Verfügung steht, wie dies derzeit der Fall ist.

Sie gab die Fragen an die Regio Badi Sense weiter, da sie selbst neu im Vorstand ist und bisher noch an keiner Sitzung teilgenommen hat. Die Antwort lautete, dass das Bad jeweils zu Beginn der Saison mit Trinkwasser gefüllt wird. Dank der sehr guten Wasseraufbereitungsanlage war eine Trinkwasserknappheit bisher jedoch nie ein Problem, da während des laufenden Betriebs nur selten Wasser nachgefüllt werden muss.

Die FPD hat zudem Fragen zur Kostentransparenz gestellt, insbesondere zu den Einnahmen, den Betriebskosten, den Personalkosten, den Abschreibungen sowie zu Gewinn und Verlust. Sie hat diese Fragen ebenfalls weitergeleitet, bisher jedoch noch keine Antwort erhalten. Sie wird die Antworten nachreichen, sobald sie vorliegen.

Stellungnahme der Fiko gemäss Gemeindegesetz (Sprecher: Markus Haas)

Die Fiko hat die Botschaft zum Beschluss Investitionskredit und Budgetkredit "Sanierung und Erweiterung Regio Badi Sense Variante 7a" geprüft und hält Folgendes fest:

- Die in der Botschaft beschriebene Ausgangslage, Zielsetzung und Massnahme ist verständlich und nachvollziehbar.
- Der erwartete quantitative und qualitative Nutzen ist zweckmässig.
- Die zuständige Gemeinderätin hat gegenüber der FiKo folgende finanztechnischen Aspekte im positiven Sinn beantwortet:
 - a) Die Beschaffungen im ganzen Projekt erfolgen nach den Grundsätzen des öffentlichen Beschaffungswesens und sind darauf ausgelegt, das beste Preis-Leistungsverhältnis zu erzielen. Die Gesamtprojektleitung hat der Vorstand der Regio Badi Sense nach sorgfältiger Prüfung der Marktlage bei Jenzer + Partner in Auftrag gegeben. Dieses Mandat wurde im Herbst 2025 freihändig vergeben. Jenzer + Partner besitzt grosse Vorkenntnisse zur Anlage und ist auf den Schwimmbadbau spezialisiert. Aufgrund der Marktanalyse ergab sich keine angemessene Alternative mit den nötigen Kenntnissen und Kapazitäten.
 - b) Mögliche Subventionierungen wurden vereinzelt, aber nicht systematisch abgeklärt. Der Vorstand der Regio Badi Sense wird systematische Abklärungen umgehend in Angriff nehmen.
 - c) Nebst den Abschreibungen und Zinskosten kann der zusätzliche Betriebsaufwand vernachlässigt werden. Beim Kinderschwimmbecken handelt es sich um einen Ersatzneubau und die geplante Vergrösserung der Wasserfläche fällt nicht massgebend ins Gewicht. Zudem muss künftig die wegfallende Grünfläche nicht mehr bewirtschaftet werden und die neue Wasseraufbereitungsanlage ist sparsamer (Wasser, Chemikalien).

- Die Regio Badi Sense finanziert die Sanierung und Erweiterung selbst. Der entsprechende Betrag wird nach Inbetriebnahme der Anlage aktiviert und ordentlich abgeschrieben. Den Verbandsgemeinden werden anschliessend die Finanzierungsfolgekosten gesetzeskonform verrechnet, wo sie über die Erfolgsrechnung verbucht werden.
- Für die Gemeinde Düringen entsteht daraus ab dem Budgetjahr 2027 ein jährlicher Mehraufwand von CHF 26'712. Gegenwärtig zahlt die Gemeinde Düringen jährlich CHF 46'424. Neu wird die jährliche Belastung somit CHF 73'136 betragen.
- Gemäss Art. 6 Abs. 1 und 2 des Finanzreglements der Gemeinde Düringen muss der Generalrat dem Verpflichtungskredit von CHF 3'760'200 zu Lasten des Verbandes zustimmen und den Budgetkredit von jährlich CHF 26'712 ab dem Jahr 2027 zu Lasten der Gemeinde Düringen genehmigen.

Basierend auf diesen Feststellungen kann die Finanzkommission einer allfälligen Annahme des Antrages durch den Generalrat aus finanztechnischer Sicht zustimmen.

Wortmeldungen:

Patrick Schneuwly (SP): Die Regio Badi Sense ist ein eindrückliches Beispiel, wie eine regionale Zusammenarbeit – und bei diesem Beispiel sogar über die Kantonsgrenze hinweg – Erfolg haben kann. Viele Gemeinde tun sich zusammen, um miteinander ein Schwimmbad zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die verschiedenen Interessen werden aufeinander abgestimmt, eine gemeinsame Basis wird gelegt und gute Parameter gesetzt. Es ist ein Miteinander mit der gleichen Stossrichtung.

Beim Beschluss zum Investitionskredit von heute Abend wurden sorgfältige Abklärungen gemacht, Beschlüsse auf Vorstands- und Delegiertenebene differenziert gefasst und uns hier im Generalrat zur Abstimmung präsentiert. Die SP wird der Sanierung einstimmig zustimmen. Dies mit einer kleinen Augenzwinkern: Was über den Kanton hinweg Erfolg hat, müsste bezüglich gemeinsamem Schwimmbad doch eigentlich im Sensebezirk auch möglich sein.

Doris Kolly (Die Mitte): Als Mitglied der Regio Badi Sense betreffen die Kosten für die Sanierung und Erweiterung des Schwimmbades in Laupen auch die Gemeinde Düringen. Die gewählte Variante 7a beinhaltet den Ersatzneubau des Kinderschwimmbeckens (+Überdachung), die Erweiterung der Wasserfläche (auch damit bessere Trennung Nichtschwimmer/ Schwimmer) und der Wasseraufbereitungsanlage. Gleichzeitig wird auch die PVC-Folie ersetzt.

Der Verpflichtungskredit für die Arbeiten beläuft sich auf CHF 3'760'200. Der jährliche Mehraufwand für die Gemeinde Düringen beträgt CHF 26'712 (Budgetkredit), was ab 2027 zu einem jährlichen Betrag an die Regio Badi Sense von CHF 73'136 führen wird.

Aus Sicht der Mitte Düringen können mit diesen Arbeiten, die von Büro Jenzer und Partner aufgezeigten Mängel behoben werden. Die Badi würde den rechtlichen Vorgaben entsprechen und die Sicherheit wieder gewährleistet werden. Die Badi Laupen bliebe so attraktiv für Familien aber auch für Schwimmbegeisterte. Zu diesen gehören auch Düringer und Düringerinnen. Sie schätzen das Bad und machen rund 9 % der Badegäste aus, nur Laupen und Bösinggen haben einen grösseren Besucheranteil.

Aus diesen Gründen und der Zustimmung der Fiko aus finanztechnischer Sicht unterstützt die Fraktion der Mitte den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat, der Sanierung und Erweiterung der Regio Badi Sense gemäss Variante 7a mit einem Verpflichtungskredit von CHF 3'760'200 zuzustimmen und den Budgetkredit z. L. der Gemeinde Düringen von jährlich CHF 26'712 ab dem Jahr 2027 zu genehmigen.

(Total zukünftiger jährlicher Betrag an Regio Badi Sense CHF 46'424 + CHF 26'712 = CHF 73'136)

Beschlussfassung:**Anwesende Generalräte: 48**

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

0.11.3.010	Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
5	Parlamentarische Vorstösse Generalrat Motionen, Postulate, Anträge

5.1 Motion "Reduktion des Staus zwischen Bahnhof und Bahnhofzentrum – Lösungssuche mit einer einfachen und pragmatischen Massnahme – Ampeln beim Bahnhofzentrum"

Der GnR Herbert Stadler (FDP) hat am 23. Januar 2026 die Motion "Reduktion des Staus zwischen Bahnhof und Bahnhofzentrum – Lösungssuche mit einer einfachen und pragmatischen Massnahme – Ampeln beim Bahnhofzentrum" eingereicht.

Die Motion fordert den Gemeinderat auf, beim Kanton einen mindestens sechsmonatigen Versuchsbetrieb mit einer Lichtsignalanlage beim Fussgängerstreifen zwischen Bahnhof und Bahnhofzentrum zu beantragen. Dadurch sollen Fussgänger gebündelt die Strasse überqueren, um den starken Rückstau zu Stosszeiten zu reduzieren. Der Test soll rasch, pragmatisch und ohne weitere Studien umgesetzt werden. Das Büro des GnR hat beschlossen, diese Motion an der Generalratssitzung vom 20. April 2026 zu behandeln.

An der Generalratssitzung vom 20. April 2026 wurde auf Antrag der Fraktion der FDP beschlossen, die Behandlung der Motion auf die Generalratssitzung vom 29. Juni 2026 zu verschieben.

Stellungnahme des Gemeinderates

Die Fussgängerstreifen auf der Ortsdurchfahrt von Düringen wurden im Projekt für die Aufwertung und Sanierung der Ortsdurchfahrt von Düringen als einer der Störfaktoren, welche den Verkehrsfluss auf der Kantonsstrasse beeinträchtigen, identifiziert. Das Valtraloc-Konzept, welches durch den Generalrat genehmigt wurde, sieht deshalb vor, mittels flächigem Queren diesen Störfaktor zu verringern.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das genehmigte Konzept, nicht wieder mit neuen Elementen in Frage zu stellen ist. Das Anliegen der Motionäre, den Verkehrsfluss im Bereich des Bahnhofs zeitnah zu verbessern, indem die Fussgängerquerungen «gebündelt» werden, ist nachvollziehbar. Der Gemeinderat ist jedoch der Meinung, dass sich eine allfällige Übergangsmassnahme auf das Konzept des Valtraloc stützen sollte.

Aus diesem Grund soll geprüft werden, ob eine provisorische Tempo 30 Strecke zwischen dem Kreisel Bahnhof und der Tankstelle Agrola, mit der Aufhebung des Fussgängerstreifens und flächendeckendem Queren, provisorisch bewilligt und kurzfristig realisiert werden kann. Dies würde einen flüssigeren Verkehr ermöglichen, da die Zu-Fuss-Gehenden nicht mehr vortrittsberechtigt sind. Aus Sicht des Gemeinderats entspräche diese Massnahme sowohl dem genehmigten Konzept als auch dem Ziel der eingereichten Motion. Zudem würde dies ermöglichen, die Verkehrsteilnehmer bereits vor der Umsetzung des Valtraloc an die neuen Verhaltensregeln zu gewöhnen und entsprechend zu schulen.

Der Gemeinderat weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass aus beiden Übergangsmassnahmen, Ampeln oder flächiges Queren, nur bedingt Rückschlüsse gezogen werden können, da das Gesamtverkehrskonzept zusätzlich die geplante Verkehrsdosierung benötigt.

Die Ortsplanungskommission empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich die Ablehnung der Motion.

Fazit:

Der Gemeinderat teilt das Anliegen der Motionäre, die Stauproblematik anzugehen und erklärt sich bereit, die Machbarkeit der obgenannten Übergangsmassnahme, mit flächigem Queren, zu prüfen und gegebenenfalls dem Generalrat zur Umsetzung zu unterbreiten.

Die Einführung von Ampeln ist aus Sicht des Gemeinderats nicht der richtige Lösungsansatz, weshalb er diesen nicht unterstützt.

Der Gemeinderat empfiehlt die Motion zur Ablehnung.**Einleitung:**

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Er hat sich erlaubt, ein FAQ zu erstellen, da in den letzten Wochen von verschiedenen Seiten Fragen gestellt wurden. Er hofft, dass alle über ihre Parteipräsidenten / Fraktionschefs das Blatt mit den FAQ's erhalten haben, welches der Präsident der FDP Düringen am 10.06.2026 per Mail an alle Parteipräsidenten verschickt hat.

Er dankt auch Nathalie Schneuwly für die Anfrage "Fragen zum Thema Stand des Valtraloc-Projektes und zur Vereinbarkeit mit dieser Motion". Wir alle haben die diesbezügliche Stellungnahme des Gemeinderates letzten Freitag, 26.06.2026 per Mail von Nicole Beyeler erhalten.

Unterlagen sind also einige vorhanden und er möchte hier darauf verzichten, ein langes Plädoyer für diese Motion zu halten.

Dass Düringen Stauprobleme hat, ist sicher allen im Saal klar. Diese Motion ist keine Alternative und auch keine Konkurrenz zu Valtraloc sondern nur ein weiterer Baustein um die Verkehrssituation hoffentlich etwas zu entlasten. Ein Test mit sehr moderaten Kosten. Haben wir bei einem Versuch wirklich etwas zu verlieren?

In diesem Sinne hofft er auf eine breite Zustimmung dieses Rates zu dieser Motion.

GR Sara Noth: Anhand der PP-Präsentation werden der Inhalt und die Ziele des Valtralocs-Konzepts aufgezeigt:

Reduzierung des Staus:

Wobei vorliegend zu präzisieren ist, dass das Valtraloc-Konzept das Verkehrsaufkommen nicht reduziert oder aufhebt. Dies haben wir mehrmals versucht klarzustellen. Ziel ist vielmehr, den Rückstau mittels Verkehrsdosierung an den Dorfrand zu verlagern, sodass im Ortskern ein möglichst stetiger und flüssiger Verkehrsfluss gewährleistet werden kann.

Querung:

Flächiges Queren bei Tempo 30 mit Querungshilfen. Das unter gegenseitiger Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer.

Fussgängerstreifen:

Punktuelle Aufhebung im Ortskern mit dem flächigen Queren sowie selektiver Erhalt der Fussgängerstreifen ausserhalb des Dorfkerns.

1. Unabhängig davon, ob provisorische Ampeln oder eine Tempo-30-Strecke mit flächigem Queren umgesetzt werden sollen, handelt es sich um Massnahmen auf einer Kantonsstrasse und diese benötigen deshalb die Zustimmung des Kantons.
2. Ein isolierter Versuch mit Ampeln oder flächigem Queren würde nur beschränkt Erkenntnisse liefern, weil das eigentliche Valtraloc-Konzept zusätzlich auf einer Verkehrsdosierung ausserhalb des Dorfkerns basiert.
3. Der Generalrat hat sich bereits für das Konzept des flächigen Querens ausgesprochen, weshalb der Gemeinderat dieses genehmigte Konzept konsequent weiterverfolgen möchte.
4. Spätere Nachrüstung mit Ampeln: Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt zeigen, dass Ampeln dennoch erforderlich sind, kann eine entsprechende Infrastruktur geprüft werden – dies würde allerdings den Erhalt des heutigen Fussgängerstreifens voraussetzen.

Der Gemeinderat empfiehlt dem Generalrat die Motion aus den genannten Gründen abzulehnen.

Anton Haymoz (SP): Reduktion des Staus:

Niemand steht gerne im Stau. Und das ist das Hauptproblem. Es gibt zu viele Fahrzeuge, die zur gleichen Zeit nach oder durch Düringen fahren. Auch eine Fussgängerampel zwischen Bahnhof und Bahnhofzentrum kann den Verkehr nicht zum Verschwinden bringen.

Lösungssuche mit einer einfachen pragmatischen Massnahme:

So eine Lösung haben wir auf dem Tisch. Wir müssen sie nur endlich umsetzen und die heisst VALTRALOC. Mit VALTRALOC verschwindet der Verkehr auch nicht. Es wird jedoch ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer (Motorisierter Individualverkehr, Langsamverkehr und Fussgänger) geben und kein Gegeneinander.

Nach Umsetzung von Valtraloc wird sich die Auswirkung auf die gesamte Verkehrssituation in Düringen zeigen. Danach werden Nachbesserungen dort vorgenommen, wo sich ungünstige Situationen zeigen.

Ampeln beim Bahnhofzentrum:

Über fast das gleiche Thema wurden wir an der Generalratssitzung vom 8. Oktober 2018 informiert. Damals gab es eine Machbarkeitsstudie Signalanlage Ortsdurchfahrt. Diese Studie wurde von der Firma Swisstraffic AG durchgeführt, also von Fachleuten. Und darin steht, dass eine Signalanlage nur momentan (also 2018) etwas bringen könnte und spätestens 2030 sich gegenteilig auf den Verkehr auswirken würde. Auch hier wurde als ideale Lösung auf VALTRALOC verwiesen.

Was würde uns das alles kosten?

Die Studie 2018 kostete uns zirka CHF 20'000. Ein 6-monatiger Versuch ohne professionelle Begleitung und Auswertung wäre sinnlos und würde sicher viel mehr kosten. Diese unnötigen Ausgaben können wir uns sparen, sowie ebenfalls das vorgeschlagene Provisorium des Gemeinderats.

Aus diesen Gründen lehnt die SP Düringen die Motion ab.

Kuno Werro (Die Mitte): Der Generalrat hat das VALTRALOC-Konzept bereits genehmigt – einschliesslich der Massnahme des flächigen Querens beim Bahnhofplatz. Dieses Konzept bildet die Grundlage für die zukünftige Verkehrsführung in Düringen.

Die Mitte-Fraktion steht hinter diesem Entscheid. Das Konzept wurde in den Fraktionen, den Kommissionen sowie in der Projektbegleitgruppe eingehend diskutiert, weiterentwickelt und schliesslich vom Generalrat verabschiedet.

Zudem hält das Geschäftsreglement des Generalrats in Artikel 32 Absatz 3 fest, dass ein Geschäft, über das der Generalrat innerhalb der letzten drei Jahre bereits entschieden hat, grundsätzlich nur auf Antrag des Gemeinderats erneut behandelt werden kann. Dieser Grundsatz unterstreicht aus unserer Sicht die Verbindlichkeit der bereits getroffenen Entscheide.

Wir sind deshalb überzeugt, dass wir nun am eingeschlagenen Weg festhalten und das beschlossene Konzept konsequent und ohne weitere Verzögerungen umsetzen sollten.

Aus unserer Sicht besteht deshalb kein Anlass, heute wieder einzelne Elemente infrage zu stellen oder zusätzliche Massnahmen zu prüfen, die vom verabschiedeten Konzept abweichen. Dazu gehört auch die in der Motion geforderte Ampelanlage beim Fussgängerstreifen zwischen Bahnhof und Bahnhofzentrum.

Mit jeder zusätzlichen Prüfung oder provisorischen Lösung besteht die Gefahr, dass sich die Umsetzung des Gesamtprojekts verzögert. Das wäre weder im Interesse der Bevölkerung noch der Verkehrsteilnehmenden.

Selbstverständlich müssen wir nach der Umsetzung prüfen, ob die vorgesehenen Massnahmen in der Praxis die gewünschte Wirkung erzielen. Sollte sich zeigen, dass beim flächigen Queren Anpassungen notwendig sind, ist die Mitte-Fraktion sofort bereit, konstruktiv an Verbesserungen mitzuwirken. Diese müssen jedoch auf den gemachten Erfahrungen beruhen und nicht auf Vermutungen. Dabei können – falls erforderlich – auch andere Lösungen als eine Ampelanlage geprüft werden.

Die Mitte Düringen dankt den Motionären (vor allem dir Herbert) für das Engagement bei der Suche nach Lösungen zur Reduktion des Verkehrsstaus. Der richtige Weg ist jedoch jetzt, die konsequente Umsetzung des bereits beschlossenen VALTRALOC-Konzepts.

Wer ein Konzept beschliesst, sollte ihm auch die Chance geben, seine Wirkung zu entfalten. Erst danach können wir seriös beurteilen, ob und wo Anpassungen notwendig sind.

Aus diesem Grund ist jetzt der richtige Zeitpunkt, das vom Generalrat beschlossene VALTRALOC-Konzept konsequent umzusetzen.

Die Mitte-Fraktion wird die Motion deshalb mehrheitlich nicht unterstützen.
Er dankt für die Aufmerksamkeit.

Nathalie Schneuwly (FWD/glp/Mitte Links/Grüne): Die Motion wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert und wir waren nicht sofort einer Meinung. Aber in gewissen Punkten sind wir uns einig: Wir sind uns einig: die Verkehrssituation in Düringen ist unbefriedigend. Wir sind uns auch einig, dass wir schon viel zu lange auf VALTRALOC und damit eine echte Aufwertung der Ortsdurchfahrt und eine Verflüssigung des Verkehrs warten.

Insofern können wir sehr gut nachvollziehen, dass die FDP nun auffordert, endlich zu handeln und wir finden, dass die Forderung der Motion nach einem schnellen und unkomplizierten Testbetrieb einer Ampel zur Bündelung der Fussgängerströme ihre Legitimität hat – sofern sie nicht zum Ziel hat als VALTRALOC-Alternative wahrgenommen zu werden.

Es wäre verlockend, die Motion anzunehmen und damit ein Signal an die Wähler zu senden. Aber wir möchten ehrlich und transparent politisieren: ein Testbetrieb ist eben nicht "einfach so und unkompliziert" möglich. Eine Lichtsignalanlage (auch eine provisorische) braucht eine Bewilligung und eine klare Betriebs- und Verantwortungsregelung. Bemühen wir also nicht unsere Verwaltung mit schwerfälligen Projekten, sondern lassen wir sie die Ressourcen bündeln, um den Baustart von VALTRALOC in 2027 zu ermöglichen. Zudem fehlt uns eine objektive Beurteilung und Auswertung des Nutzens im Vorschlag.

Gerade letzte Woche haben sich zwei schwere Unfälle mit Velofahrenden ereignet. Dies zeigt – die aktuelle Verkehrssituation sorgt nicht nur für rote Köpfe am Steuer, sie ist schlicht gefährlich und trifft die Schwächsten zuerst: den Langsamverkehr, Kinder auf dem Schulweg, ältere Menschen und Personen mit einer Seh- oder Mobilitätseinschränkung.

Verkehr fliesst dann, wenn er aufeinander abgestimmt ist. Es spricht nichts gegen eine Ampel, sofern sie im Gesamtkonzept betrachtet wird. Valtraloc funktioniert z.B. nur mit einer Ampel in Form einer sensorgesteuerten Dosieranlage, die eine flüssige Durchfahrt ermöglicht. Gerade in punkto Sicherheit sehen wir auch innerhalb von VALTRALOC ein Potential für Ampeln.

Darauf zielt die Motion nicht ab. Sie verlangt eine Ampel, losgelöst vom Konzept, gemessen am heutigen Verkehrsregime, gemessen an einem Zustand, der bald Geschichte ist.

Die Motion für den Testbetrieb der Ampel kommt also gewissermassen gleichzeitig zu spät (man hätte schon lange etwas testen sollen) und zu früh (das neue Verkehrsregime, VALTRALOC ist fertig entwickelt und liegt auf dem Tisch, es muss nun umgesetzt und getestet werden).

Aus diesen Gründen wird unsere Fraktion die Motion ablehnen.

Adrian Brügger (SVP): Die SVP Düringen begrüsst die Motion der FDP für ein Ampelsystem beim Bahnhof. Es ist eine gute Idee, allerdings keine neue. Bereits 2017 hat die SVP ein vergleichbares Anliegen eingebracht. Schon damals ging es um dasselbe, was heute erneut gefordert wird: einen flüssigeren Verkehr und vor allem mehr Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger im stark frequentierten Bahnhofsbereich.

Dass wir heute, fast zehn Jahre später, erneut über denselben Lösungsansatz diskutieren, wirft Fragen auf. Damals wurde dieses Anliegen vom Gemeinderat unter anderem mit Verweis auf das Projekt Valtraloc nicht weiterverfolgt. Heute zeigt sich, dass die Probleme weiterhin bestehen und der Handlungsbedarf nach wie vor gegeben ist.

Für die SVP ist klar: Ein funktionierendes Ampelsystem kann dazu beitragen, den Verkehrsfluss zu ordnen und die Sicherheit spürbar zu erhöhen.

Wir würden es zudem ausdrücklich begrüssen, wenn nicht nur der Bahnhofsbereich isoliert betrachtet würde, sondern der gesamte Bereich der Hauptstrasse durch das Dorf analysiert und dort, wo es sinnvoll ist, mit Ampelanlagen ergänzt würde, um die Verkehrssicherheit insgesamt zu erhöhen.

Es ist höchste Zeit, dass aus einer guten Idee endlich konkrete Massnahmen werden. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er jetzt handelt und nicht erneut auf Zeit spielt.

Die SVP-Fraktion wird dieser Motion einstimmig zustimmen.

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Er erlaubt sich als Motionär, noch zwei bis drei Schlussbemerkungen zu machen. Er verweist auf die beiden Fotos, die der Motion beigefügt sind.

Ein Foto zeigt die Situation in Neyruz. Dort gibt es kein Valtraloc, und die Ampelanlage besteht bereits seit längerer Zeit. Zudem gilt auf dieser Strasse von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr eine Tempo-30-Zone. Möglicherweise gibt es dort weniger Fussgängerinnen und Fussgänger; das kann ein Argument sein.

In Flamatt wurde Valtraloc eingeführt. Trotzdem befindet sich ausserhalb des Valtraloc-Bereichs weiterhin eine Ampelanlage. Diese wurde zwar versetzt, jedoch beibehalten. Dies sollte zu denken geben und zeigt, dass Valtraloc nicht die alleinige Lösung ist.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG DES BÜROS DES GENERALRATES

Das Büro des Generalrates beantragt den Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung der Motion darüber zu befinden.

Beschlussfassung:

Anwesende Generalräte: 48

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Er hofft, dass diese Motion den Gemeinderat nicht dazu bewogen hat, die Umsetzung von Valtraloc in den letzten drei bis vier Monaten hinauszuzögern. Das wäre nicht die Absicht der Motion gewesen. Jetzt gilt es, Gas zu geben, damit Valtraloc umgesetzt wird.

5.2 Weitere parlamentarische Vorstösse

Bis zur Einreichungsfrist vom 30. April 2026 wurden keine Motionen oder Postulate eingereicht.

5.3 Beantwortung Fragen aus dem Generalrat

Die Antworten zu den Fragen aus dem Generalrat sind auf der Webseite der Gemeinde publiziert, unter www.duedingen.ch/publikationengeneralrat

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

6 Generalrat Verschiedenes

Sandro Tissi (SP): Wie in den Medien berichtet wurde, sind letzte Woche am Dienstagmorgen in Düringen zwei Velofahrer von Autos erfasst worden. Im Rahmen dieses Hintergrundes hat er sich gefragt, wie ein gutes Miteinander zwischen Langsamverkehr, motorisiertem Individualverkehr und ÖV funktionieren kann. Entsprechend würde er gerne wissen, mit welchen Projekten und Initiativen nebst Valtraloc die Gemeinde daran arbeitet, die Verkehrssicherheit im Dorf zu verbessern. Werden Daten, wie die Unfallkarte des Bundes, verwendet, um Gefahrenstellen im Dorf zu beheben? Was für Möglichkeiten hat die Bevölkerung, um auf Gefahrenstellen oder Beinahe-Unfälle hinzuweisen und so präventiv Unfälle zu verhindern?

GR Sara Noth: Dankt für die Fragen, welche bereits vorgängig gestellt wurden. Die beiden Velounfälle der vergangenen Woche haben in der Bevölkerung verständlicherweise Fragen zur Verkehrssicherheit aufgeworfen.

Das Thema Verkehrssicherheit ist ein wichtiges Anliegen und wird auf verschiedenen staatlichen Ebenen bearbeitet. Federführend und verantwortlich für die Gesetzgebung, die Forschung sowie die Führung und Auswertung der Unfallstatistiken sind der Bund – insbesondere das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU). Auch die grossen Strassenbetreiber wie das ASTRA und die kantonalen Tiefbauämter verfügen über Fachstellen, welche das Unfallgeschehen analysieren, Unfallhäufungsstellen identifizieren und bei Bedarf entsprechende Massnahmen planen und umsetzen.

Im Kanton Freiburg befasst sich zudem eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen des kantonalen Tiefbauamts und der Kantonspolizei, mit Fragen der Verkehrssicherheit. Gemeinden können Anliegen oder Fragestellungen an das kantonale Tiefbauamt richten, welches beratend zur Verfügung steht und diese bei Bedarf in dieser Arbeitsgruppe behandelt.

Die Gemeinde selbst hat keinen gesetzlichen Auftrag, Unfallanalysen durchzuführen oder Unfallstatistiken auszuwerten. Sie bekommt grundsätzlich auch keine Informationen zu Unfallhergängen oder Unfallursachen, ausser wenn ein Mangel an der Verkehrsinfrastruktur festgestellt wurde. Der Zuständigkeitsbereich der Gemeinde umfasst den Bau, den Unterhalt sowie die Erneuerung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur. Markierungen und Signalisationen müssen den geltenden Normen entsprechen und werden durch das kantonale Tiefbauamt genehmigt.

1. Was unternimmt die Gemeinde in Sachen Verkehrssicherheit?

Die Gemeinde verfolgt das Ziel, die Verkehrssicherheit durch eine vorausschauende Planung und den kontinuierlichen Unterhalt ihrer Infrastruktur zu verbessern. Grundlage dafür bildet der kommunale Richtplan Verkehr, welcher das Verkehrskonzept und die Netzplanung der Gemeinde definiert.

In der vergangenen Legislatur sind verschiedene Massnahmen umgesetzt beziehungsweise angestossen worden, die in der laufenden Legislatur weitergeführt werden. Dazu gehören insbesondere:

- die Umsetzung des Projekts Valtraloc zur Sanierung der Ortsdurchfahrt,
- die schrittweise Einführung flächendeckender Tempo-30-Zonen, von denen bereits rund zwei Drittel realisiert wurden,
- der Neubau und die Ergänzung der Hauptachsen für den Langsamverkehr, unter anderem im Rahmen der TransAgglo,
- die Weiterbearbeitung des kommunalen Langsamverkehrswegkonzepts, dessen Grundlagen bereits vorliegen und das nun schrittweise umgesetzt wird,
- die Sanierung und Umgestaltung bestehender Verkehrsinfrastrukturen, beispielsweise an der Gänsebergstrasse oder der Heitiwilstrasse,
- sowie die Anpassung der Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr, sobald die künftigen Ortsbuslinien definitiv feststehen.

2. Werden Daten, wie die Unfallkarte des Bundes, verwendet, um Gefahrenstellen im Dorf zu beheben?

Ja. Die Gemeinde konsultiert die Unfallkarte des Bundes insbesondere im Rahmen von der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten, um zu prüfen, ob an einem Standort Hinweise auf einen Handlungsbedarf bestehen. Auch unabhängig von konkreten Projekten wird diese Informationsquelle regelmässig berücksichtigt.

Auf dem kommunalen Strassennetz lassen sich aktuell keine eigentlichen Unfallhäufungs-Stellen erkennen. Unfälle haben sehr unterschiedliche Ursachen. In den meisten Fällen stehen sie im Zusammenhang mit Unachtsamkeit, mit der Missachtung von Verkehrsregeln, einer nicht angepassten Fahrweise oder dem Verlust der Fahrzeugbeherrschung. Die Unfälle auf Gemeindestrassen sind zeitlich und räumlich stark verteilt und treten glücklicherweise relativ selten auf. Die vorhandene Datenlage erlaubt darum in der Regel keine verlässlichen Rückschlüsse auf infrastrukturelle Gefahrenstellen.

Sollten sich hingegen Hinweise auf einen Mangel an der Verkehrsinfrastruktur ergeben oder ein Unfallhäufungs-Punkt entstehen, werden die zuständigen Fachstellen beigezogen und die erforderlichen Massnahmen geprüft.

3. Welche Möglichkeiten hat die Bevölkerung, um auf Gefahrenstellen oder Beinahe-Unfälle hinzuweisen und so präventiv Unfälle zu verhindern?

Die Gemeinde ist auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen und nimmt entsprechende Meldungen jederzeit entgegen. Ansprechstelle ist das Bauamt der Gemeindeverwaltung.

Jede Meldung wird sorgfältig geprüft. Mitarbeitende des Bauamts beurteilen die Situation vor Ort und klären ab, ob ein Mangel an der Verkehrsinfrastruktur vorliegt oder ob Handlungsbedarf besteht. Wird ein solcher festgestellt, werden die notwendigen Massnahmen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde umgesetzt oder – sofern andere Behörden zuständig sind – an die entsprechenden Stellen weitergeleitet.

Die Rückmeldungen der Bevölkerung sind eine wertvolle Ergänzung zur laufenden Beobachtung der Infrastruktur und tragen dazu bei, mögliche Schwachstellen frühzeitig zu erkennen und zu beurteilen.

Sie hat relativ ausführlich geantwortet und hofft jedoch genügend.

Sandro Tissi (SP): Dankt für die ausführliche Antwort.

Benedikt Fasel (FWD/glp/Mitte Links/Grüne): Wir haben vorgängig zur Sitzung eine Frage gestellt zum Thema Kommissionen: bei unseren Kommissionmitgliedern gibt es viele Unklarheiten und einiges an inoffiziellen Informationen und "Gerüchten". Wir mussten die Personen damals extrem schnell melden und jetzt haben die meisten nie mehr etwas gehört. Wir würden uns eine offizielle Information vom Gemeinderat an alle Kommissionsmitglieder wünschen: wann geht es wo los mit den Kommissionen? Wie funktionieren die Kommissionen? Gibt es einen Informationsabend für alle wie in der letzten Legislatur?

GA Urs Hauswirth: Dankt für die Frage. Ja, es wird bis nach dem Sommer dauern, bis wir die offiziellen Angaben machen können, welche Kommissionen tatsächlich einberufen werden und wie die Funktionalität dieser Kommissionen ausgestaltet sein wird. Dies war zuletzt immer wieder die Frage.

Der Gemeinderat wird sich dem ausgiebig annehmen, damit die Kommissionen auch entsprechend eurem Wunsch funktionieren. Dies ist den Rückmeldungen aus der letzten Legislatur geschuldet.

GA Urs Hauswirth: Er hat vorhin nochmals die Mailverläufe überprüft. Ja, es ist so: den Generalrätinnen und Generalräten wurde das E-Mail des Freiburgischen Gemeindeverbands mit der Einladung zu den Einführungskursen nicht weitergeleitet.

Der Grund dafür ist, dass am Wahlsonntag, dem 8. März, noch nicht feststand, welche Generalrätinnen und Generalräte gewählt worden waren und wie das weitere Vorgehen aussehen würde. Das E-Mail traf am 9. März ein. Erst rund einen Monat später lag der Gerichtsentscheid vor, der Klarheit über das weitere Vorgehen brachte. In der Folge ging das E-Mail leider vergessen.

Er wird sich dafür einsetzen, dass wir diese Unterlagen erhalten. Am 25. Oktober 2026 finden die Neuwahlen statt und es wird ein neues Parlament gewählt. Er wird sich dafür einsetzen, dass wir in Düringen einen Informationsabend im kleineren Rahmen organisieren können.

Herbert Stadler, Präsident GnR (FDP): Er dankt. Wir haben es trotzdem bis hierhin geschafft, auch ohne diesen Kurs.

Er möchte noch kurz zwei Termine bekannt geben. Er hofft, dass wir nach den Neuwahlen wieder in der gleichen Zusammensetzung zusammenkommen können. Die konstituierende Sitzung wird am 23. November 2026 stattfinden. Eine der beiden wichtigsten Sitzungen, die Budgetsitzung, findet am 14. Dezember 2026 statt.

Er möchte noch etwas Weiteres ansprechen: Wir möchten die Generalratssitzungen möglichst effizient durchführen. Es hat ihm heute Abend zwar gutgetan, wenn die eine oder der andere ihn mit "werter Generalratspräsident" angesprochen hat. Bereits Carole Fasel hat jedoch eingeführt, dass für Wortmeldungen ein Einfaches "Guten Abend miteinander" genügt. Er findet das eine gute Lösung und wird es verschmerzen können.

Nun kommen wir zum Apéro – fast zum wichtigsten Teil des heutigen Abends. Wenn ihr nach hinten schaut, seht ihr, dass die Küche mit drei Brettern abgesperrt ist. Dort gibt es deshalb nicht mehr zu trinken. Die SVP wird uns trotzdem Getränke servieren. Nicole Beyeler hat zum Glück einen Kühlschrank organisiert, der sich bei den Garderoben befindet.

Er macht den Vorschlag, dass die hintere Reihe, in der die Fraktion Die Mitte sitzt, zunächst ihr Material aufräumt. Anschliessend kann die SVP dort die Getränke bereitstellen.

Er dankt fürs Mitmachen. Die Sitzung ist offiziell geschlossen.

Gemeinde Düringen

Herbert Stalder
Generalratspräsident

Nicole Beyeler
Sekretärin des Generalrates